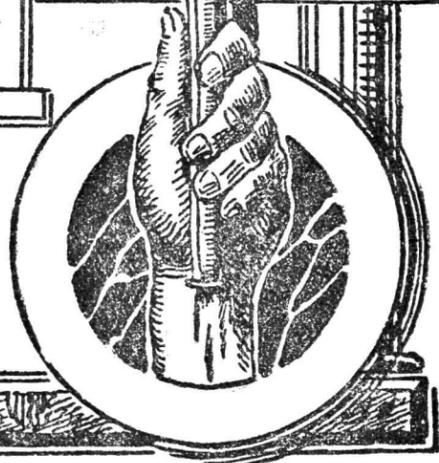
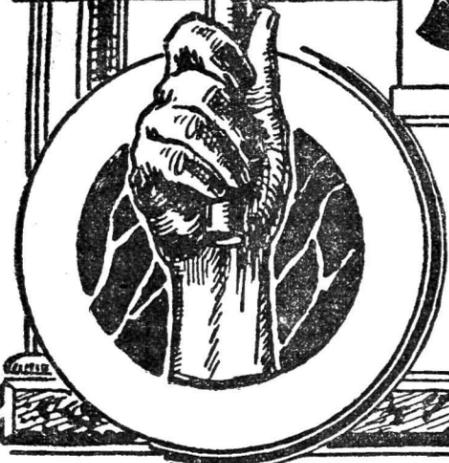


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg.,
von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Pettzeile oder deren Raum
berechnet und werden, ausschließlich der Todesanzeigen, nur gegen vorher
geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 49.

Sonnabend, den 5. Dezember 1903.

7. Jahrgang.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

Dresden. Für die Steinmetzen und Schleifer in der Granitindustrie ist der Tarif gekündigt worden. Unterhandlungen sind angebahnt. Zugang ist streng fernzuhalten.
Minden. Am Regierungsneubau sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.
Moskau. Der Streik bei der Firma Heinig dauert fort. (Siehe Bericht).

Christliche Arbeiterfreunde.

Die christlichen Gewerkschaften sind seinerzeit ins Leben gerufen worden, um ein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften zu bilden. Indem man künstlich einen Gegensatz zwischen christlichen und andersdenkenden Arbeitern konstruierte, suchte man unter dem Banner christlicher Gewerkschaften die Arbeiter in den katholischen Gegenden zu vereinigen, um sie, die nach einer Vertretung ihrer Interessen verlangen, vor dem Beitritt zu den freien Gewerkschaften und dem Einfluß der Sozialdemokratie zu behüten, und sie als willige Gefolgschaft der Zentrums-partei zu erhalten. Wenn trotzdem in einem Teil der christlichen Gewerkschaften ernsthafte Gewerkschaftsarbeit betrieben worden ist, so geschah das auf Drängen der Massen. In der Absicht der Führer — wenigstens derjenigen, die hinter den Kulissen der gewerkschaftlichen Bühnen ihr Wesen treiben — lag das sicher nicht. Die katholischen Arbeiter unter falschen Vorwänden absondern von ihren andersdenkenden Klassengenossen, mit denen sie durch die gleichen wirtschaftlichen Interessen verbunden sind; sie hindern, ihre Klasseninteressen unter sachgemäßer Führung zu vertreten: das war und ist die Absicht der Macher in den christlichen Gewerkschaften.

Auf unsern Artikel in Nr. 43 über christliche Organisationsbestrebungen der Steinarbeiter im Maintal, antwortet nun in zwei Aufsätzen das kirchliche Fränkische Volksblatt und sucht darzutun, als würden unsere Darlegungen unbedeutend gewesen sein. Das Blatt stellt die Sache so dar, als wären die christlichen Gewerkschaften sozusagen neutral; eine so blödsinnige und alberne Behauptung aufzutischen, ist doch sonderbar. Denn jedermann weiß, daß sich diese Organisationen es zur Hauptaufgabe machen, die freien Gewerkschaften zu bekämpfen. Das Blatt schreibt: Der Vorwurf, daß die Zentrumsführer durch humane Redensarten die Steinarbeiter des Maintales irreführen und zu umgarnen suchen, widerlegt sich hinreichend durch die tatkräftige soziale Arbeit der Zentrums-partei, die dem Volke nicht Phrasen, sondern Brot zu bieten sucht. Die christlichen Gewerkschaften, die mit der Zentrums-partei als solcher nichts zu tun haben, wissen allen Gegnern zum Trotz sich zu behaupten und auszubreiten.

Nicht sonderbar, auf einmal sucht man den Arbeitern weiß zu machen, die christlichen Gewerkschaften seien unabhängig, nun, wir sind leicht in der Lage, das in Nr. 43 unsres Blattes behauptete mit Beweisen zu belegen. Wir greifen zu diesem Zwecke bloß die Verhandlungen des 13. Verbandstages der süddeutschen katholischen Arbeitervereine heraus, abgehalten am 31. August und 1. September in Ingolstadt. Dort hielt man es für notwendig, die Situation etwas zu beleuchten, in der sich die christlichen Brüder befinden, insbesondere, weil die Herren Geistlichen immer diejenigen sind, die sich zum Retter der Arbeiter aufwerfen. Auch fürchten die Herren Zentrums-leuchten, Liborius Gerstenberger mit inbegriffen, die christlichen Gewerkschaften könnten zu radikal werden, und sich dann der Führerschaft der Zentrums-partei entledigen, und hier ist der springende Punkt, warum man mit sorgsamem Augen über die Arbeiterschaft wacht, damit sie nicht abtrünnig wird und sich ja nicht der freien Gewerkschaftsbewegung anschließen soll. Deshalb der Eiertanz in Ingolstadt.

Die Delegierten waren sich dort darin einig, daß die christlichen Gewerkschaften, soweit Süddeutschland in Betracht kommt, interkonfessionell sein sollen. Schweren Herzens gaben die geistlichen Präsidien dazu ihre Zustimmung, verlangten aber, daß der Delegiertentag sich jedes Jahr einen Bericht über die Stellung zu den christlichen Gewerkschaften erstatten lasse. Und warum diese Vorsicht? Nun, sehr einfach: man fürchtet, wie sich Mgr. Widmann-München ausdrückt, daß die christlichen Gewerkschaften „einmal Leute auf das Schild heben, die weniger

christlich denken, als die jetzigen Führer“. Nebenbei bemerkt: „Christlich“ lautet hier immer „ultramontan“.

Es ist aber keineswegs nur ein einzelner, der solche Befürchtungen hegt. Es wurden vielmehr von verschiedenen Seiten ähnliche Meinungen geäußert und sogar der aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Sekretär Königsbauer-München sagte als Anwalt der christlichen Gewerkschaften: „In den großen Städten ist die große Masse der Arbeiter schon organisiert, wir haben dort nur wenige Leute, die für unser Interesse zu haben sind. Wir bitten deshalb die Geistlichen, unsern Bestrebungen kein Hindernis in den Weg zu legen. Solange wir katholischen Männer das Szepter in den Händen haben, wird den katholischen Arbeitervereinen nichts geschehen.“

Noch deutlicher drückt sich Abg. Dr. Pichler, der Freund kleiner Operationen aus: „Die Aufgabe der katholischen Arbeitervereine ist eine ganz andere, als die der Gewerkschaften. In bezug auf letztere haben die katholischen Arbeitervereine die wichtige Aufgabe, die Gewerkschaftsführer heranzubilden. Wenn dies richtig geschieht, ist die Gefahr für ein Abschwenken der Führer nicht groß und die Präsidien der katholischen Arbeitervereine bleiben wie bisher die Ratgeber der christlichen Gewerkschaften. Man sagt, es seien schon katholische Gewerkschaftsführer auf Abwege geraten. Richtig. Aber das haben wir auch bei manchen Geistlichen gesehen.“

Demnach sollen also die christlichen Gewerkschaften in aller Form unter die Vormundschaft der katholischen Arbeitervereine und ihrer Präsidien gestellt werden. Man will Gewerkschaftsführer heranzubilden, die es als ihre erste und größte Pflicht betrachten, die Weisungen der geistlichen Präsidien der Arbeitervereine zu befolgen. Denn leider geht es nicht an, Kleriker direkt zu offiziellen Gewerkschaftsführern zu machen. Herr Dr. Pichler verriet den Grund: „Es kann doch Fälle geben, wo der Gewerkschaft einmal nichts übrig bleibt, als den Streik als letztes Mittel anzuwenden, soll dann auch der Präses an der Spitze stehen oder soll er gerade dann, wo es sich für seine Arbeiter ums Brot handelt, zurücktreten? Die wirtschaftlichen Fragen sind Sachen der Arbeiter selbst.“ Das heißt mit andern Worten: wenn es ernst wird im wirtschaftlichen Kampfe, dann dürfen sich die Geistlichen nicht offen auf die Seite der Arbeiter stellen mit Rücksicht auf das Unternehmertum. Wenn sie nicht schon offen für die Arbeitgeber Stellung nehmen, wie es auch oft vorkommt, so haben sie im Lohnkampf wenigstens neutral zu bleiben.

Unter solchen Voraussetzungen ist es auch ganz begreiflich, wenn auf dem Verbandstag ein Geistlicher direkt vor den christlichen Gewerkschaften warnte. Benefiziat Popp-Arcnach führte nämlich aus: „Auf dem Lande muß mit den christlichen Gewerkschaften sehr vorsichtig vorgegangen werden. Wir haben jehaftige Arbeiter. Wenn hier christliche Arbeiter kommen und immer von Streiks usw. sprechen, wird dadurch ebenso die Unzufriedenheit genährt, wie durch die Sozialdemokratie.“ Die Herren, die nicht so offen ihre Gegnerschaft bekennen, ließen doch keinen Zweifel darüber, daß man die christlichen Gewerkschaften nur als eine nicht sonderlich erfreuliche Einrichtung betrachte, die man vorläufig dulden müsse, da sie nun einmal da sei. Aber parieren müssen sie, sonst —! Der schon erwähnte Mgr. Widmann drohte: „Zunächst müssen wir sehen, wie die Gewerkschaften die Probe bestehen. Und wenn wir später sehen, daß es nicht geht, dann müssen wir ganz faktisch werden. Wenn die christlichen Gewerkschaften zugrunde gehen, müssen die katholischen Gewerkschaften gegründet werden.“

Das sind gewiß recht angenehme Aussichten, die sich da unsern schwarzen Brüdern eröffnen. Sobald sie oder ihre Führer dazu kommen, den wirtschaftlichen Kampf als einen Klassenkampf aufzufassen, sobald sie nicht mehr das tun, was ihnen die Christlichen vorschreiben, sondern was sie selbst für richtig halten, in diesem selben Augenblick soll ihren Gewerkschaften der Hals abgedreht werden. Man wird dann rein katholische, unter christlicher Leitung stehende Gewerkschaften gründen, die ihre Mitglieder vor einem intensiven und darum gefährlichen Nachdenken über soziale Verhältnisse bewahren.

So ist den christlichen Gewerkschaften durch ihre eigene Unnatur die Grenze ihrer Lebensfähigkeit gesteckt. Vermögen sie nicht die Erfolge der modernen Gewerkschaften aufzuweisen, so werden sie, so lange sie überhaupt existieren können, ein ewiger Laubenschlag sein. Die Arbeiter, die

sie zum Verständnis für die gewerkschaftlichen Ideen geweckt haben, werden sehr bald einsehen, wo ihr Vorteil wirklich blüht. Wollen aber die christlichen Gewerkschaften selbst solche Erfolge erringen, so müssen sie auch mit den gleichen Waffen kämpfen, dieselben Mittel des Klassenkampfes anwenden, wie ihre freien Brüder. Und das dürfen sie aber nicht; das erlaubt ihnen der Klerus nicht, weil dadurch die Kreise hoher Zentrumsdiplomatie gestört werden.

Daß sich die Dinge so entwickeln würden, haben Einzige längst gewußt. Aber daß die Ultramontanen selbst so nett und ungeniert ihre Karten aufdecken, können wir nur freudig begrüßen. Allmählich müssen doch auch dem — harmlosesten christlichen Arbeiter die Augen aufgehen, wenn seine geistlichen Berater sich gar so sehr bemühen, die Macht der Tatsachen ihm zu verbergen.

Aus den gemachten Darlegungen geht ja deutlich hervor, zu welchen Zwecken man christliche Gewerkschaften gründet und insbesondere die Tausende von Steinarbeitern im Maintalgebiete, die sollen jetzt, mit Ausbietung aller Kräfte natürlich, christlich bearbeitet und organisiert werden.

Daß man über unsern Verband schimpft, ist selbstredend, und Herr Liborius Gerstenberger, der biedere Zentrumsgeistliche und glückliche Inhaber eines Doppelmandats als Volksvertreter, leistet sich auf diesem Gebiete die tollsten Sprünge. Wir haben keine Lust, den Spuren dieses Blattes nach dieser Richtung hin zu folgen. Die Christlichen rechnen nach, was ein Steinarbeiter in den sozialdemokratischen Verband leistet und da heißt es: „Treten die Steinarbeiter dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands bei, dann zahlen sie laut Statuten einen wöchentlichen Beitrag von 35 bzw. 40 Pfg. (bei einem Durchschnittsverdienst von 20 Mk. in 14 Tagen 35 Pfg., bei höherm Verdienst 40 Pfg.), in einem Jahre also 35 mal 52 ist gleich 18200 Mk. bzw. 20800 Mk., dazu noch einige Nebengebühren, also auf jeden Fall 20 Mk. und mehr. (Daß in unserm Verbands durchschnitlich bloß 40 Wochenbeiträge entrichtet werden, von dem hat der flinke Rechner keine Ahnung.) Bei einem Streik erhalten sie wöchentlich 10 bzw. 18 Mk. Nehmen wir nun an, sie haben zwei Jahre lang ihren Beitrag gezahlt, dann haben sie bis dahin schon 40 Mk. eingezahlt, können also so zuzugewinnen einen Streik von drei Wochen mit ihrem eignen Gelde aushalten. Streiken sie jedoch nicht (und der Streik ist ja nicht das einzige Rettungsmittel, wie auch von den Vertretern des Zentralverbandes und mit Recht betont wird), dan ade mein Land Tirol, ich seh dich nimmermehr (nämlich das gute Geld).“ — Echt jesuitisch!

Die Nebengebühren, die wir noch einheimen sollen, sind uns unbekannt, da aber wahrscheinlich ein Geistlicher dieses Necheneispiel aufstellte, mag derselbe schließlich gedacht haben, es ist in Gewerkschaftsverbänden Gepflogenheit wie bei den katholischen Geistlichen, die zu ihren Gehältern noch die sogenannten Stolgebühren einheimen. Diese Nebengebühren hat sich der christliche, dabei selbstredend sehr wahrheitsliebende Artikelschreiber, aus den Fingern gesogen. — Eine unverächtliche, dabei recht dumme und recht gemeine Ausführung ist die über die Verwendung oder eventuelle Rückvergütung der gezahlten Beiträge. Hier ist der Partikularismus im schönsten Sinne des Wortes vorhanden. Wir müssen den Skribifaz Fränkischen Volksblatt schon darauf verweisen, unsre Abrechnungen etwas zu studieren und dann erst solche lächerliche Behauptungen aufzustellen.

Die Christlichen sehen aber ein, daß mit niedrigen Beiträgen bei den Steinarbeitern nichts zu erreichen ist und deshalb schlagen sie ebenfalls einen Wochenbeitrag von 30 Pfg. vor. Vor drei Jahren noch begnügten sich die Christlichen im bairischen Wald 10 und 15 Pfg. pro Woche zu erheben; dabei versprachen sie noch, Krankenunterstützung zu leisten, und die dortigen Steinmetzen wissen ja, welches Fiasko die Herren Geistlichen, die selbstredend wieder an der Spitze standen, erlitten haben. — Aber doch müssen wir bei dieser Gelegenheit konstatieren, daß auch die Herren Unternehmer größere Beiträge leisteten zu Nutz und Frommen der guten Sache, und eine Gewerkschaft von solcher Grundlage soll in der Lage sein, unsre erbärmliche Lebenslage verbessern zu können, das glauben wohl die christlichen Hochtäufer selber nicht. Wir haben keine Befürchtung, daß im Maintal uns von den christlichen Organisatoren unter geistlicher Leitung jemals der Wind aus den Segeln genommen wird, denn die dortigen Steinarbeiter kennen ihre Wapenheimer — die Christlichen.

Unterernährung.

Die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges bringt für den modernen Lohnarbeiter eine Reihe von bedenklichen Gefahren. Wie immer, wenn eine Krise wie ein elementares Naturereignis über die kapitalistische Volkswirtschaft hereinbricht, der Arbeiter von den verhängnisvollen Folgen zuerf betroffen wird, so spürt er auch diesmal unmittelbar die zerrüttenden Wirkungen des industriellen Zusammenbruchs, der noch durch eine zu gewärtigende Teuerung der ohnehin im Preise hoch gestiegenen Lebensmittel verschärft wird. Das anhaltende Sinken des Absatzes, und die damit verbundene Einschränkung der Produktion führte zunächst in einer Reihe von Betriebsarten zu gänzlicher oder teilweiser Auflassung verschiedener Unternehmungen, zu Entlassungen und Lohnreduzierungen, gegen die sich selbst in manchen Fällen der gewerkschaftliche Widerstand als nutzlos erwies. Die Zahl der Existenzlosen, für die nach Malthus die Tafel des Lebens nicht gedeckt ist, hat sich in sehr bedenklichem Grade vermehrt, was mit eiserner Naturnotwendigkeit eine verschärfte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt herbeiführt. Für die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen ist also unter solchen Gesichtspunkten die Zeit der Krise eine Periode ernster Gefahren, die diesen speziell in gesundheitlicher Hinsicht drohen.

Lohnenswert und von sozialpolitischer Bedeutung wäre es wohl, ehestens eine genaue sozialstatistische Untersuchung vorzunehmen, inwieweit die arbeitenden Klassen an der vermehrten volkswirtschaftlichen Befruchtung, die eine industrielle Aufwärtsbewegung bringt, partizipieren. Zweifellos würde man daraus ersehen, daß auch die sogenannte günstige Geschäftskonjunktur für die Arbeiterklasse keineswegs jene Vorteile bringt, die sie in den Stand versetzt, durch etwaige Ersparnisse gegen die Wirkungen einer länger andauernden Krise gesichert zu sein.

Soweit heute irgendwelche Erscheinungen eine Beurteilung dieser keineswegs gleichgültigen Frage zulassen, zeigen sie, daß die vermehrten Einnahmen, soweit solche für die Arbeiterhaushaltungen in Betracht kommen, zunächst auf die auch während der Aufschwungsjahre im Steigen begriffen gewesenen Frauen- und Kinderarbeit zurückzuführen sind, wozu noch eine erhöhte Arbeitsleistung durch vielfach bewilligte Ueberstunden kommt. Der Lohn des Arbeiters ist also auch während der Zeit des geschäftlichen Aufschwunges, auch dort, wo die gewerkschaftliche Organisation durch geschicktes Eingreifen mehr oder weniger erhebliche Steigerungen bewirkt, keineswegs in dem Maße gewachsen, als der Ertrag an der angewandten Arbeitsleistung zugenommen hat. Was sich auf alle Fälle steigerte, das war auch hier der Grad der Ausbeutung des Arbeiters, dessen Lebenshaltung in ihrer Entwicklung keineswegs mit der Vermehrung der Befriedigungsmittel gleichen Schritt gehalten hat.

Hat nun die Periode der industriellen Aufwärtsbewegung keineswegs nennenswerte Verbesserungen für die Arbeiterklasse gebracht, so wirkt der eingetretene geschäftliche Niedergang um so empfindlicher für diejenigen, deren Lebenshaltung fortwährend den Schwankungen des Wirtschaftslebens unterworfen ist. Das Sinken des Lohnes, die Unsicherheit der Existenz und die zunehmende Arbeitslosigkeit drücken zunächst die Ernährungsverhältnisse herunter, deren Stand sich daher auch bei jeder größeren Geschäftsfloctung nachträglich ziffernmäßig ausdrücken läßt.

Für das Deutsche Reich war beispielsweise die Zeit von 1875 bis 1878 eine Periode des geschäftlichen Niederganges. Demgemäß sank auch als Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage die Kaufkraft der breiten Massen, was sich an dem Rückgang der Verbrauchssteuern, die bei konstanten Sätzen in Baden allein einen solchen von 12 Proz. in der genannten Zeit aufzuweisen haben, recht deutlich erweisen läßt. Am stärksten sank der Verbrauch an Schlachtvieh, wo die Steuer von 0,42 Proz. pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1875 ständig bis zum Jahre 1878 herunterging und dann eine Tiefe von 0,34 Proz. pro Kopf im letztgenannten Jahre erreichte.

Nach den Berichten der reichsdeutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1901 haben für den Industriebezirk Chemnitz die Lohnsätze in der Eisenindustrie eine Verminderung um 12 bis 25 Proz. erfahren, was einen Rückgang des Fleischkonsums pro Kopf der Bevölkerung um 4,76 Kilogramm vorläufig bewirkte. Im Dresdner Gewerbeinspektionsbericht sanken die Löhne der Steinarbeiter um 5 Proz. Für dasselbe Jahr, wo übrigens die Krisenwirkungen auch nicht annähernd ein vollständiges Bild bieten können, verzeichnete auch der Dresdner Handelskammerbericht bei einer steigenden Einwohnerzahl der Stadt Dresden einen ganz erheblichen Rückgang im Verbräuche an Lebensmitteln. Im Fleischkonsum drückt sich diese Tatsache darin aus, daß 25 001 Stück Schlachtvieh weniger als im Jahre 1900 aufgetrieben wurden. Der Gesamtverkehr an lebenden Fischen auf den Dresdner Bahnhöfen ermäßigte sich von 1 269 209 Kilogramm im Jahre 1900 auf 1 253 449 Kilogramm. Dagegen stieg infolge erhöhter Nachfrage nach Heringen der Preis dieses Artikels auf das Doppelte.

Der Ausfall an Fleischnahrung bewirkt nun zunächst, daß die arbeitenden Massen ihren Hunger mit minderwertigen vegetabilischen Produkten stillen müssen, wovon die Kartoffelnahrung ihrer relativen Billigkeit wegen in vorderster Reihe kommt. Da die Kartoffel im Durchschnitt 1 Proz. Eiweiß enthält, so bedarf es, da ein erwachsener Mensch nach wissenschaftlicher Feststellung täglich zu seiner Ernährung 120 Gramm Eiweiß braucht, nicht weniger als zwölf Kilo Kartoffeln, um daraus die zu seiner Kräfteerhaltung nötige Eiweißsubstanz zu gewinnen. Nun ist es eine nachweisbar feststehende Tatsache, daß selbst zu Zeiten ausreichender Arbeitsgelegenheit der Lohn des Arbeiters zumeist nicht jene Höhe erreicht, die eine zureichende animalische Ernährung möglich macht, weshalb der Ertrag in minderwertigen Nahrungsmitteln gefunden werden muß. Schon vor einigen Jahren, wo die Mieten in den Großstädten noch nicht die heutigen Wucherzinsen kosteten, hat Dr. Rainer von Rainöhl berechnet, daß für Wien ein Jahreseinkommen von 700 Gulden (ca. 1200 Mk.) für den Verheirateten zum Existenzminimum unbedingt nötig ist, was aber unter den heutigen geänderten Preisen sicherlich nicht mehr als zureichend betrachtet werden kann. Erwägt man nun, daß, abgesehen von dem Umfange, daß Hunderte dieses Existenzminimum nicht erreichen, zur Zeit der Krise bei ebenso vielen jedes fixe Einkommen überhaupt fehlt, so ist es klar, daß das Leben für Tausende eine Unterernährung und alle damit verbundenen gesundheitsschädlichen Folgen

in sich schließt. Was daraus folgt, das hat die grausame Wissenschaft der Statistik mehr als genügend aufgehehlt. Die bekannten Zahlen, die Dr. Engel über den Zusammenhang von Armut und Sterblichkeit gefunden hat, wie nicht minder jene Nachweise, die ein Wiener Gelehrter, Professor Dr. Seuper, vor Jahren bei der Erforschung österreichischer Arbeiterverhältnisse gefunden hat, zeigen mit deutlicher Schärfe, wie das gesundheitliche Wohl von den Ernährungs-, Wohnungs- und Lebensverhältnissen überhaupt beeinflusst wird. Seit 1881 zeigen in gleicher Art die Sterblichkeitsziffern, die aus den verschiedenen Ländern vorliegen, daß in Australien die höchste durchschnittliche Lebensdauer erreicht wird, die selbst die begünstigsten europäischen Länder weit überragt, was sich aus der Tatsache, daß die Arbeiter in den australischen Kolonien die bestgestellten der Welt sind, erklärt.

Jeder Druck auf die Lebenshaltung bedeutet eine Schwächung der Lebensenergie, steigert das Elend und damit auch die Krankheitshäufigkeit und Sterblichkeit. Von diesem Gesichtspunkte schließt also die Zeit der Arbeitslosigkeit doppelte Gefahren für das gesundheitliche Wohl der Arbeiter in sich. Alle Faktoren, die die Lebenshaltung der breiten Schichten bedrohen, wirken verstärkt, indem sie die Tendenz, den Kreis der Bedürfnisse einzuzengen, mächtig unterstützen. Den Grad der durchschnittlichen Lebenshaltung auf der bereits erreichten Höhe festzuhalten und zu verhindern, daß der Lohn unter das Existenzminimum sinkt, das zum Schutze vor dem physischen Verfall nötig ist, das muß in dieser schweren Zeit die wichtigste Aufgabe des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses sein. Nur dort, wo eine hinreichende Stärke, die man sich in besseren Zeiten gesammelt, jene Widerstandskraft verleiht, die zu erfolgreichen Aktionen der Abwehr nötig ist, wird die Gewerkschaftsorganisation das Mittel sein, die sanitären und hygienischen Gefahren der Krise von uns abzuwenden, und uns gesund und fähig zu erhalten für die Aufgaben der Zukunft!

Leichte Arbeit.

Mit Grauen sehen die Arbeiter, die sich dem Zenith ihres Lebens nähern oder ihn schon erreicht haben, ihren älteren Tagen entgegen. Freilich haben wir eine Altersversicherung. Aber daß die Zahl der Arbeiter, die die vorgeschriebene Altersgrenze von 70 Jahren erreichen, relativ sehr gering ist, ist dem Arbeiter bekannt. Ebenso bekannt ist ihnen aber auch, und sie empfinden es leider nur zu bald selbst, daß bei der lebenslangen Ueberanstrengung des Körpers das Alter sich früh, zu früh geltend macht, oft genug in einem solchen Maße, daß vollständiges oder nahezu vollständiges Aufgeben der Arbeit sich von selbst ergibt. „Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe“ müssen die Betroffenen die kärgliche Invalidenrente beantragen. Aber die traurigsten Erfahrungen sind den Armen gerade für diese Lage aufgeparkt, da ihnen die Ärzte es vielfach sauer oder gar unmöglich machen, in den Genuß der Rente zu kommen. Nur zu oft befinden die Ärzte, daß die Antragsteller noch leichte Arbeit verrichten können. „Wo diese leichte Arbeit denn sei?“ „Wie der Arbeiter dazu kommen könne?“ Alle derartigen Fragen gehen an den Ärzten spurlos vorüber. Die Klagen der Betroffenen sind um so berechtigt, als ein derartiges Verfahren im Gesetz durchaus nicht begründet ist. Das Invalidenversicherungsgesetz bestimmt in seiner geltenden Fassung, und zwar im Absatz 2 des § 1: „Invalidenrente erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter derjenige Versicherte, der im Sinne des § 5 Absatz 4 dauernd erwerbsunfähig ist.“ (Der weitere Satz betrifft den Fall gleichzeitiger Unfallrente.) Und der somit entscheidende Absatz 4 des § 5 lautet:

„Der Versicherungspflicht unterliegen (endlich) nicht diejenigen Personen, deren Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder andern Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Dies ist dann anzunehmen, wenn sie nicht mehr imstande sind, durch eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihnen unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“

Der zweite Satz dieses Absatzes enthält also die Anforderungen, die für den Fall der Gewährung von Invalidenrente zu stellen sind. Wenn der Arzt nur „leichte Arbeit“ als noch möglich dokumentiert, so ist bei dem Schiedsgericht auf die Unbrauchbarkeit des Dokuments hinzuweisen, und es ist von den Schiedsgerichten zu fordern, daß jede der von dem Gesetz in obigem Satze aufgestellten Fragen nach beweismäßiger Feststellung zur Beantwortung gelange.

Die Schiedsgerichte glauben auch vielfach, die erwähnten Anforderungen jurynarisch behandeln zu können, und übersehen, daß der qualifizierte Satz nicht weniger als zehn zu beantwortende Fragen in sich schließt. Und es ist gar nicht einmal richtig, daß dieselben durchweg vom Arzte zu beantworten sind. Die Feststellung, was gesunde Personen gleicher Art und Ausbildung in derselben Gegend zu verdienen pflegen, läßt sich nur durch Vernehmung von Sachverständigen treffen, soweit das nicht gerichtsnotorisch ist; die Feststellung betreffend Art und Ausbildung der gesetlich zu vergleichenden Personen, wie der Vergleich selbst ist wieder nur nach Vernehmung von Sachverständigen zu treffen. Das gleiche gilt von der Feststellung des Berufs der Ausbildung und zum erheblichsten Teile auch der Fähigkeiten, wie von dem Urteil, ob es in der in Frage kommenden Gegend eine Tätigkeit gibt, die diesen Voraussetzungen entsprechen würde und von dem Antragsteller unter den in Frage kommenden Umständen überhaupt geleistet werden könnte. Der fragliche Satz weist dem Arzte geradezu eine sehr untergeordnete Bedeutung bei Feststellung der dauernden Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes zu, und es kann daher nicht dringend genug angetragen werden, in den eventuellen Berufungsschriften auf diese vom Gesetz erforderten Feststellungen tatsächlicher Natur entschieden Gewicht zu legen. Allerdings muß man die Feststellungen nach bester Möglichkeit vorbereiten, indem man den Gesetzesanforderungen entsprechende Behauptungen für den Spezialfall aufstellt und Beweismittel für ihre Richtigkeit an gibt (Zeugen, Sachverständige, behördliche Auskünfte, Atteste von Behörden, Arbeitgeber, Werkmeistern, Ärzten usw.). Um die Wichtigkeit des Absatzes 4 des § 5 zu erkennen, ist eine Analyse un-erläßlich; das wird von den Versicherungsnehmern, wie den

Versicherungsbehörden und allen sonst damit sich befassen den Personen in der Regel, wenigstens in ihrer ganzen Tragweite verkannt. Das kommt wohl auch daher, daß, zumal von den Ärzten, geglaubt wird, daß die festzustellenden Voraussetzungen der Invalidität oder wenigstens ähnlich seien, wie nach Unfällen. Das ist ein großer Irrtum.

Es wäre für eine sehr große Zahl von Unfallinvaliden, die keine Rente erhalten, weit besser, wenn die Unfallversicherung die Invalidität in derselben Weise wie das Invalidenversicherungsgesetz charakterisieren würde. Sowohl die alte, wie die neue Unfallversicherungsgesetzgebung spricht sich nicht darüber aus, was sie unter Erwerbsunfähigkeit versteht, sie macht nur einen Unterschied zwischen völliger und teilweiser Erwerbsunfähigkeit, sowie mehr oder minder weitgehender noch hinzutretender Hilflosigkeit des Verletzten — Unterschiede, die das Invalidengesetz nicht kennt. Das Reichsversicherungsamt hat indes dem Worte „Erwerbsunfähigkeit“ für das Geltungsgebiet der Unfallversicherung die Auslegung gegeben, daß „Erwerbsfähigkeit“, nicht gleichbedeutend sei mit „Arbeitsfähigkeit“, daß es vielmehr darauf ankomme, ob der Verletzte mit der ihm verbliebenen beschränkten Arbeitsfähigkeit noch etwas verdienen kann. Aber es sei bei der Beurteilung der Erwerbsfähigkeit eines Verletzten auf die besondere Art seiner Tätigkeit im Betriebe zwar eine gewisse Rücksicht zu nehmen, das bisherige Arbeitsfeld indes nicht als allein maßgebend anzusehen, ein dem Verletzten zugefügter Schaden nur insoweit als vorliegend zu erachten, als die Unfallsfolgen dem Verletzten die Möglichkeit einschränken, auf dem ganzen wirtschaftlichen Gebiete nach seinen gesamten Kenntnissen und körperlichen wie geistigen Fähigkeiten Verdienst zu erlangen.

Daß mit dieser Definition die Grenzen des Begriffs „Invalidität“ weit unsicherer angedeutet sind, als mit den Worten des Invalidenversicherungsgesetzes, liegt auf der Hand, ebenso, das in der Praxis eine Verwechslung, d. h. eine Uebertragung der für das Gebiet der Unfallversicherung gegebenen Definition auf dasjenige der Invalidenversicherung seitens der Ärzte sehr leicht vorkommt, zumal bei deren meist sehr oberflächlichen Kenntnis beider Gesetzesmaterien und ihrer Spruchpraxis. Für den Arbeiter, der sich nach Möglichkeit vor Schaden schützen will, gilt daher vorkommenden Falles auch hier das Wort: „Selbst ist der Mann!“

Zur Konferenz der Marmorarbeiter Deutschlands.

Durch die Artikel: Marmorarbeiter-Konferenz betreffend, ist auch unter den Dresdner Kollegen eine lebhafteste Diskussion entstanden, und fühlen sich demnach die Unterzeichneten veranlaßt, die Ansicht der Dresdner Kollegen kund zu tun. Die Konferenz an und für sich ist uns wohl sympathisch, doch können wir uns auf keinen Fall mit der Art und Weise der Einberufung, sowie der festgesetzten Zeit (zweiter Weihnachtsfeiertag) einverstanden erklären. Man schlägt einfach Zeit und Ort vor, ohne sich vorher zu vergewissern, ob wohl die übrigen Kollegen Deutschlands eine Konferenz überhaupt für notwendig halten. Die vorgeschlagene Zeit ist entschieden zu früh, wenn man genügend Material und die 30 (?) Orte zusammen bringen will. Vor allen Dingen wäre es doch wohl notwendig, Delegierte aus den finsternen Winkeln herbeizuschaffen, um mit denselben über die Lage der Marmorarbeiter Deutschlands zu beraten. Da nun jeder Ort seine Delegiertenkosten selbst zu tragen hat, denn der Gesamtverband kann unmöglich zu den entstehenden Unkosten herangezogen werden, so wird nur eine spärliche Vertretung zusammenzubringen sein.

Wir machen daher folgenden Vorschlag und hoffen, damit Anklang bei den Kollegen sowie bei der Geschäftsleitung zu finden. Die Konferenz könnte einen Tag vor dem nächsten Verbandstage stattfinden und hätten dort die Delegierten die verschiedensten Fragen eingehend zu beraten. Nun hätten die Delegierten, welche zu gleicher Zeit Kongreßdelegierte sind, die Wünsche der Marmorarbeiter dem Kongreß zu unterbreiten. Es würde dadurch wohl viel Geld und Zeit erspart, auch würden dadurch sämtliche Kollegen Deutschlands durch Kongreßberichte der Delegierten in Versammlungen und durch Berichte der Presse über die Diskussion eingehend unterrichtet werden, auch würden dann die Marmorarbeiter hören, wie sich die gesamten Kollegen in der Steinindustrie zu den Wünschen der Marmorarbeiter verhalten haben. Wir halten demnach die Zeit — einen Tag vor dem Kongreß — für richtig, weil sonst vieles bis zum Kongreß wieder eingeschlafert ist und doch nur der Kongreß maßgebend ist.

Sollte trotzdem die Konferenz zu Weihnachten stattfinden, so werden auch die Dresdner Marmorarbeiter vertreten sein. Nun einige Worte zur fünften Nachfrage. Wir fassen uns darüber sehr kurz. Es haben sich die Marmorarbeiter Dresdens über eine Hintanzetzung seitens der Verbandslitung bis dato noch nicht zu beklagen gehabt.

Joseph Eßner. Otto Schreiber.

An die Arbeiterschaft Deutschlands und Oesterreichs!

Seit 14 Wochen tobt in dem kleinen Fabrikstädtchen Crimmitschau ein heftiger Kampf der Textilproletarier um Erringung des zehnstündigen Arbeitstages. Der Kampf hat schon längst die Formen eines einfachen Lohnkampfes überschritten. Er hat sich zu einem Klassenkampf der schärfsten Art ausgewachsen. Die Kapital — hie Arbeit. Das gesamte Unternehmertum der Textilindustrie Deutschlands, an seiner Spitze der Landesverband der Industriellen des hochentwickelten Sachsens mit dem Sitz in Chemnitz, hat sich vereinigt zur Niederrückung der ausständigen Lohnsklaven. Alle Mittel wurden angewandt, um die Arbeiter zum Ver- rat, zum Streikbruch zu verleiten. Aber vergeblich. Mit jenem den ringenden Proletariern eigenen Stolze wurden von der Arbeiterschaft alle diese Versuche abgeschlagen.

Hunger, Not und Entbehrungen ruhig tragend, kämpften mit fargen Unterstützungen die 8000 Textilarbeiter heroisch gegen ihre Ausbeuter. Alle Versprechungen der Unternehmer, dauernde Beschäftigung bis ans Lebensende, Geldgehälter von 50 bis 100 Mk. usw., konnten die Arbeiter nicht zum Treubruch verleiten. Jetzt bietet der Landesverband der Industriellen Sachsens jedem Streikbrecher „bis auf weiteres eine Prämie von zwei Mark pro Woche“ extra. Aber auch das konnte die Kämpfenden nicht beirren. Mit Verachtung wiesen sie das Anerbieten zurück. Statt zu einer Vermehrung kam es zu einer Verminderung der Arbeitswilligen.

Die Zahl der Arbeitswilligen ist um ca. 50 zurückgegangen!

Es will sich niemand prämiieren lassen. Die Unternehmer sehen nun ein, daß diese Arbeiterkraft sich nicht selbst untreu wird und sie versuchen, die kämpfenden Crimmitschauer niederzuringen mit Hilfe der deutschen Arbeiterkraft. In allen Ecken und Enden wimmelt es von Agenten der Crimmitschauer Fabrikanten. In den Herbergen werden die Arbeitslosen aufgesucht. Auf den Rittergütern sucht man polnische Landarbeiter anzuwerben. In Böhmen, in Ostpreußen, in Holftein, Rheinland-Westfalen, Bayern, Halle, Leipzig, Döbeln, Kozweil, überall versucht man mit allerhand Versprechungen Streifbrecher anzuwerben. Ein Teil ist eingetroffen, aber nach erfolgter Aufklärung wieder abgereist. Ein Fabrikant hat 50 pommerische Arbeiter angeworben, „leider“ sind dieselben nicht eingetroffen. Sie wollten nicht Streifbrecher sein. Und niemand will Arbeitswillige in Logis nehmen. Inserate in den Lokalfätern folgenden Inhalts:

Zür auswärtige Arbeitswillige wird Kost und Logis gesucht. Offerten unter S. X. 559 an die Exped. d. Bl. erbeten.

blieben erfolglos. Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs! Ihr seht, der Kampf spitzt sich immer mehr zu! Dem Unternehmertum muß die Kraft des gesamten organisierten Proletariats entgegengestellt werden. Es darf nicht sein, daß Deutschlands und Oesterreichs Arbeiter zu Verrätern an den heldenmütigen Kämpfern in Crimmitschau werden.

Deshalb: Auf die Schanzen! Werbt und agitiert für Crimmitschau! Inspiziert die Herbergen!

In allen Gegenden, in allen Hütten muß es bekannt werden, daß in Crimmitschau ein gewaltiger Kampf zwischen Arbeit und Kapital ausgefochten wird. Der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin muß wissen, daß jetzt niemand nach Crimmitschau kommen und den Streikenden in den Rücken fallen darf.

Wir rufen die gesamte Arbeiterkraft Deutschlands und Oesterreichs auf, in diesem Sinne tätig zu sein.

Streifbrecher müssen von Crimmitschau ferngehalten werden.

Aber auch sonst ist es Ehrensache der Arbeiterklasse, durch finanzielle Unterstützung den Kampf der Textilarbeiter Crimmitschaus zu dem ihrigen zu machen. Die Stimmung der Kämpfenden ist trotz der Not vorzüglich. Deshalb Arbeiter allerorts: Tut eure Pflicht, wie Crimmitschau von jeher keine Schuldigkeit getan hat.

Es lebe die Arbeit! Es lebe die Solidarität des Proletariats!

Das Gewerkschaftskartell für Crimmitschau u. Umg. Karl Köhler.

Gelder find an Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, I. r. zu senden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. Kaiserlautern zahlt zwei Tage Reiseunterstützung. Der Zentralvorstand.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Eberfeld. Am 22. November tagte im Volkshaus eine Mitgliederversammlung der Steinarbeiter. Unter Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder ließ sich ein Kollege neu aufnehmen. Punkt 2, Bericht der Kartelldelegierten. Es wurde nochmals auf die traurige Lage der Crimmitschauer Weber aufmerksam gemacht und beschlossen, nochmals 5 Mark aus der Lokalkasse zu bewilligen. Des ferneren zirkulieren hier in unserer Zahlstelle Sammellisten, die zum fleißigen Zeichnen bereitwilligst vorgelegt werden. Dann wurde durch Beschluß den Weihnachten und Neujahr hier anwesenden zugereisten Kollegen nebst ihrem Verbandsgeschenk 1 Mark täglich aus der Lokalkasse bewilligt, auch denjenigen, welche noch nicht bezugsberechtigt sind. Die Volkshaus- und Herbergskommission sorgt zudem noch für Unterhaltung und kleine Geschenke in Bekleidungsgegenständen. Unter Punkt Verschiedenes wurden einige Verhältnisseverhältnisse besprochen und der Gewerbeinspektion zur Revision empfohlen. Da die Geschäftskonjunktur eine sehr laue ist, so wird den reisenden Kollegen mitgeteilt, möglichst das Wupperthal zu meiden, da keine Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Die Konferenz der Marmorarbeiter, welche Weihnachten in Berlin tagen sollte, wurde, wenn auch als sehr notwendig und zweckdienlich, so doch der Termin als zu verfrüht betrachtet, da bisher die Marmorarbeiter und Politureur sich zu wenig an die Organisation gehalten haben.

Grimma. Am Sonnabend, den 28. November, tagte im Restaurant Jägerhof eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Der erste Punkt: Vortrag über die wirtschaftliche Lage in der Granitindustrie, konnte nicht erledigt werden, indem Redakteur Staudinger, welcher referieren sollte, krankheitshalber nicht erscheinen konnte. Es nahm der Gauleiter Kollege Geißler Leipzig das Wort, welcher uns den Wert und den Nutzen einer guten Organisation recht treffend auseinandersetzte. Mehrere Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Die Unternehmer können allem Anscheine nach der Organisation keinen rechten Geschmack abgewinnen, denn der Betriebsführer bei Herrn Weißhorn erklärte den organisierten Kollegen, er werde sie schon in Schwung bringen, mit andern Worten, in der Arbeitsverteilung hintenanziehen, oder gar entlassen. Auch wurde über die viele Lichtarbeit geklagt, und die Kollegen sind fernerhin nicht mehr geneigt, die schädliche Lichtarbeit weiterhin zu verrichten. Ferner wurde beschlossen, jeden letzten Sonnabend im Monat im Jägerhof Versammlung abzuhalten.

Hamburg I. Mitgliederversammlung vom 22. November der Steinarbeiter Hamburg I. Zur Debatte stand: Organisation und Agitation am Ort. Nach kurzer Erörterung wurde beschlossen, da solche Fragen einer eingehenden Beratung und Prüfung bedürfen, es dem Vorstand zu überlassen, auf welche Weise bessere Organisationsverhältnisse geschaffen werden, um den Mängeln und Mifftänden am örtlichen Platz abzuhelfen. Die Statuten der Krankenunterstützungskasse wurden der Versammlung zur Kenntnis gebracht, im wesentlichen wurden dieselben gutgeheißen, bei einzelnen Paragraphen ist der Wortlaut umzuändern, und hat der Vorstand unter Hinzuziehung mehrerer Mitglieder die Mängel zu beseitigen. Die Statuten werden in nächster Versammlung nochmals zur Verlesung gebracht. Den in schwerem Kampfe ringenden Crimmitschauer Textilarbeitern wurden einstimmig 50 Mark als zweite Rate bewilligt. Dieses Geld soll durch Sammellisten der Kasse wieder zugeführt werden. Der Punkt, Bau eines Gewerkschaftshauses in Hamburg, wird, da die Marmorarbeiter und die Ohlsdorfer Kollegen gleich interessiert sind, bis zur nächsten kombinierten Steinarbeiterversammlung zurückgestellt. Ein Antrag wurde angenommen, der besagt: Jeder Kollege ist verpflichtet, jedem um Arbeit zusprechenden Kollegen sogleich bei der ersten Begrüßung sein Buch zu kontrollieren, um zu verhindern, daß Steinmetzen, die gar nicht organi-

siert sind, sämtliche Kollegen begrüßen, ehe festgestellt ist, ob dieselben dem Verbands angehören. Ferner sind die Mitglieder verpflichtet, Kollegen, die in Arbeit treten, binnen drei Tagen ihre Bücher abzugeben; dieselben bleiben solange im Besitz des Abgesehenen, solange die Kollegen in Arbeit stehen. Für die prompte und richtige Ablegung der Beitragsmarken hat der Abgesehene zu sorgen. Der Kassierer beantragt, den Kollegen Petermann aus der Mitgliederliste zu streichen, da derselbe seit Jahr und Tag sich den Pflichten gegenüber dem Verbands entzieht. Dem Antrag wird stattgegeben. Gerügt wurde ferner, daß Kollegen, die noch in Arbeit stehen, auf andern Plätzen um Arbeit anzusprechen gehen. Alsdann erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Rvidau. Am 25. November tagte im Brauerlöchl eine Mitgliederversammlung. Es wird zunächst festgestellt, daß zurzeit 41 Kollegen hier in Arbeit stehen, davon 37 die Versammlung besucht haben. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Tarifangelegenheiten, wird vom Vorsitzenden aufgefordert, sich über den bevorstehenden Tarifündigungsstermin auszusprechen. Aus der Debatte geht hervor, daß bei der jetzigen lauen Konjunktur an eine Aufbesserung des bestehenden Tarifs in diesem Jahre nicht zu denken ist. Es wird einstimmig beschlossen, den Lohns tarif auf ein weiteres Jahr bestehen zu lassen. Im Verschiedenen wird der frühere, sich als ein der bestorganisierte aufspielende Kollege, jetzige Polier Neef, einer derben Kritik unterzogen. Neef hat nach verschiedenen Verpflichtungen den Kollegen an der Lutherkirche, sowie der Organisation gegenüber zu erfüllen, und hat sich, trotz wiederholter Mahnungen, bis jetzt noch nicht gerührt. Ferner wird sich noch mißbilligend über Herrn Mehlhorn ausgesprochen, da er sich herbeiließ, einem durchreisenden, bei ihm nach Arbeit fragenden Kollegen dreist die Tür zu weisen und äußerte: Ich will mit Steinmetzen nichts mehr zu tun haben. Dieser Herr hatte noch vor einigen Wochen die Kollegen auf der Straße angehalten, daß sie bei ihm arbeiten sollten, und jetzt schmeißt man nach Arbeit suchende Kollegen auf die Straße. Nun, jedenfalls braucht Herr Mehlhorn auch wieder Steinmetzen. Weiter gibt der Kassierer bekannt, daß diese Woche die 8. Rate à 30 Mk. für die ausgesperrten Crimmitschauer Textilarbeiter an das hiesige Gewerkschaftskartell abgeliefert wird. Es wird auch beschlossen, die Extratreue für die Crimmitschauer Textilarbeiter im Fondbuch einzutragen.

Kaiserlautern. Wie verbessern wir unsre Lage? Ueber dieses Thema sprach am Sonntag, 22. November, in einer gutbesuchten Versammlung der Gauvorsstand Kollege Kraft aus Mannheim. Vor allem betonte derselbe die Wichtigkeit der Organisation. Nur durch diese sei es möglich, eine Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, menschenwürdige Behandlung von seiten der Arbeitgeber und ihrer Aufsichtsorgane zu erzielen. Eine weitere gleichwertige Aufgabe der Organisation ist die Unterstützung in Fällen der Not, Erziehung und Bildung ihrer Mitglieder und Einwirkung auf die Regierung zur Schaffung von Gesetzen zum Schutze der Arbeiter, von welcher die Bundesratsverordnung das beste Zeugnis gibt. Referent legte den Kollegen ans Herz, nicht zu ermüden in der Agitation, damit auch die Kollegen in den umliegenden Ortschaften der Organisation zugeführt würden. In der nun folgenden Diskussion erklärten sich die Kollegen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und wurde besonders die Agitation auf dem Lande verlangt, um gemeinsam bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen stellen zu können. In einem reichen Arbeitsfeld wird es der Gauleitung in unsrer Nachbarschaft nicht fehlen. Deshalb Kollegen in Stadt und Land, hinein in die Organisation, zu Eurem und Eurer Familie Wohl.

Leipzig II. In einer am 24. November stattgefundenen Versammlung der Marmorarbeiter hielt Genosse Pinkau = Leipzig einen interessanten Vortrag über Leben in London. Redner schildert eingehend das Verkehrsweesen und kommt in seinen Ausführungen auch auf den Stand der Gewerkschaften Englands zu sprechen. Hier bemerkt man, daß dem englischen Arbeiter das Koalitionsrecht voll und ganz anerkannt wird. Er kann seine Ansichten, einzelner welcher Natur sie sind, an jedermann und bei jeder Gelegenheit anbringen, ohne daß er mit dem Gesetz in Konflikt kommt. Durch diese Freiheit, die der englische Arbeiter genießt, kümmert er sich jedoch leider nicht um das politische Leben. Da es nun keine Säle gibt, die den Vereinen unentgeltlich zu Versammlungen zur Verfügung stehen, so kann über politische Ereignisse nicht diskutiert werden. Es finden wohl Versammlungen statt, jedoch werden dieselben unter freiem Himmel abgehalten, wo meist nur gewerkschaftliche Angelegenheiten verhandelt werden. Gewerkschaftliche Obliegenheiten, wie Abstimmlungen usw. werden in den Restaurants erledigt. Hier kommen 10-20 Mann zusammen und geben ihre Stimme über die betreffende Angelegenheit ab, dies wird dann eingeschickt und zusammengezählt, auf diese Art werden die notwendigen Angelegenheiten erledigt. Genosse Pinkau wußte dies alles in klarer Form der Versammlung auseinanderzusetzen, und wurde sein Vortrag mit Beifall aufgenommen. Der zweite Punkt befaßte sich mit der Konferenz der Marmorarbeiter Deutschlands. Hierzu entspinnt sich eine lebhafteste Debatte, in welcher sich Geschäftsführer Starke gegen die Abhaltung einer Konferenz ausspricht. Eine Resolution wird mit Majorität angenommen. Selbige besagt: „Die am 24. November tagende Versammlung der Marmorarbeiter erklärt sich mit dem Vorschlag der Kollegen Wittmann-Essen und Murriseit-Berlin, eine Konferenz der Marmorarbeiter Deutschlands in aller Kürze tagen zu lassen, einverstanden und hofft, daß auf selbiger Konferenz die ganzen Mifftände der Marmorarbeiter zutage gebracht werden.“ Die Kosten hierzu müssen von den einzelnen Lokalverwaltungen aufgebracht werden. Wir rufen nun den deutschen Kollegen zu, sich an der Konferenz, welche vorausichtlich zu Weihnachten stattfindet, sich recht zahlreich vertreten zu lassen. Im Gewerkschaftlichen kommen einige unwesentliche Angelegenheiten zur Sprache, worauf Schluß der Versammlung erfolgt.

Meißen (Elbe). Im Betriebe der Firma Oswald Köhler wurden angeblich wegen — Arbeitsmangel die Kollegen Bergbauer und Grün entlassen. Kollege Grün ging der Sache auf den Grund, und fragte Herrn Köhler wegen der vorgenommenen Entlassung. Er erhielt zur Antwort, er und Bergbauer seien die schlimmsten, da sie durch agitatorische Gekerei in den Versammlungen sowie im Faßblatt und der Parteipresse kein Geschäft, aber vor allem keine Person herabzuwürdigen versuchten und ihn der Öffentlichkeit gegenüber an den Pranger stellten. So behandelt Herr Köhler seine Leute, die sich nicht alles bieten lassen. Nach so vielen Proben von Arbeiterfreundlichkeit, die Köhler an den Tag legte, können wir ruhig sagen, schlimmer können die hervorragenden Wortführer des Unternehmervereins mit ihren Arbeitern auch nicht umspringen.

Lahr. Am 15. November fand hier eine ziemlich gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Es ist dies ein gutes Zeichen, um so mehr, da man in Lahr bis jetzt noch keinen Schritt vorwärts kam. Im allgemeinen nahm die Versammlung einen ruhigen Verlauf, bis auf den Punkt Plagbericht. Es wurde daher der Beschluß gefaßt, die hiesigen Verhältnisse im Steinarbeiter ein wenig zu beleuchten. In Lahr sieht es gar traurig aus, von einer Bundesratsverordnung keine Spur, trotzdem wir beim Bezirksamt Anzeige erstattet haben. Wenn nur die Verordnung ausgehängt ist, dann glauben die Herren Unternehmer ihre Pflicht getan zu haben, es wird immer versprochen, aber nichts gehalten. Am traurigsten sieht es auf Platz M. aus, wo auch die meiste Arbeit dieses Späthjahrs vorhanden ist. Die Arbeitsbude ist kaum 2 Meter tief, vorn so niedrig, daß man mit dem Kopf oben anstößt, hat man ein längeres Stück, so ist man mit der Hälfte unter der Krause, regnet es, so steht man im Wasser, von einer Wesperrbude gar keine Rede. Kollegen, wollt Ihr das noch länger mit ansehen, wie Ihr den ganzen Tag schuftet müßt, und jetzt im Späthjahr, wo Ihr den ganzen Tag den schlechten Witterungsverhältnissen ausgesetzt seid, Eure Ge-

mundheit und Eure Arbeitskraft dem Unternehmertum zum Opfer bringt. Ihr sagt nein, darum tretet ein in den Verband, und stehe einer hinter dem andern, dann werden wir in Lahr auch endlich zu einem Ziele gelangen. Zum Schluß wurden die Grabsteingeschäfte noch einer Kritik unterzogen. Bei diesen Herren steht die Schmuckkonfurrenz noch in schönster Blüte. In diesen Geschäften wird im Sommer noch 10½ und 10 Stunden gearbeitet. Die Kollegen sind jedoch zu flau, um ihre Lage zu verbessern.

Rostock. Am Sonnabend, den 21. November, legten sämtliche Steinmetzen der Firma C. Heinig die Arbeit nieder. Der Grund dazu ist folgender: Es wurde von den Steinmetzen verlangt, den Quadratmeter Hügelfeinsten aus schwarz-schwedischen Granit, rings herum sauber gestockt, aber nur die hintere Fläche gerechnet, Höhe mal Breite, für 19 Mark pro Quadratmeter herzustellen, wofür es bisher für den Quadratmeter 17 Mark, aber alle Flächen gerechnet, gegeben hat. Hinzu käme noch die polierte Kante, da die Vorderflächen schon immer poliert sind, was also noch besondere Vorsicht erfordert. Hiermit waren die Steinmetzen nicht einverstanden. Einer Kommission von drei Mann erklärte Herr Heinig selbst, dies sei zu wenig, und sollte ihm selbige Vorschläge zu einem bestimmten Preise machen. Die am Abend desselben Tages einberufene Versammlung beschloß nach langer Debatte, hierauf nicht einzugehen, entweder den alten Preis beizubehalten oder die Arbeit niederzulegen. Die Kommission teilte am andern Morgen Herrn Heinig den Versammlungsbeschluß mit. Derselbe erklärte, die bisherige Berechnung nicht beizubehalten, sondern für den Quadratmeter, nur Hinterfläche gerechnet, 25 Mark zu zahlen, also 6 Mark mehr. Da dies gleich einer Reduzierung von 30 Prozent ist, legten sämtliche Steinmetzen die Arbeit nieder. Um eine Beilegung dieser Sache anzubahnen, war am Sonntag, 29. v. M., der Kollege Neuf aus Hamburg erschienen. Derselbe verhandelte in Gegenwart der Kollegen Daehner und Weisphal mit Herrn Heinig. Doch kam es zu keinem endgültigen Vergleich. Den alten Preis will Herr Heinig nicht bezahlen. Es sollen zwar sämtliche Kollegen bis auf einen wieder eingestellt werden, doch behält sich Herr Heinig noch eine Auslese von 6 Mann vor, die er zu Weihnachten entlassen will. Dasselbe will Herr Heinig schriftlich haben, damit nicht der Schein einer Maßregelung entsteht und der Streit nachher von neuem losgeht. Die wieder eröffnete Versammlung wies die Vorschläge des Herrn Heinig scharf zurück. Sämtliche Redner wiesen darauf hin, auf den Vorschlag nicht einzugehen, sondern beim alten festzuhalten. Vorschläge zu einer bestimmten Preisfestsetzung wurden infolgedessen nicht mehr gemacht, und wurde dieser Beschluß Herrn Heinig am Montag mittag unterbracht, worauf selbiger nicht einging. Kollegen der Granitbranche, unterstützt uns in diesem uns aufgedrängten Streik, indem Ihr den Zugang nach Rostock streng fernhaltet.

Rundschau.

München. Bei den Reparaturarbeiten an der Ludwigskirche ist es schon wieder zu Differenzen gekommen. Unternehmer Greindl — so wird uns geschrieben — versucht den vor kaum zwei Monaten eigenhändig vor dem Gewerbeamt unterschriebenen Vertrag, wonach er jeden neu einzustellenden Steinmetz mit 55 Pfg. pro Stunde entlohnen muß, zu brechen und zwar mit der Motivierung, daß die Jahreszeit jetzt derart vorgefrüht ist, daß er die Macht wieder in Händen habe. Greindl hat neu eingestellten Steinmetzen einen geringern Lohn ausbezahlt, als er durch Vertrag verpflichtet ist. Auf eine Reklamation der Betroffenen wurden sie einfach wieder entlassen. Damit nicht genug; auch Steinmetzen, die seit Juni d. J. bei Greindl an der Ludwigskirche in Arbeit standen, und von Greindl entsprechend ihrer Arbeitsleistung in die höchste Lohnklasse einrangiert wurden, sind jetzt entlassen worden wegen mangelhafter Leistung. Sie wurden als „Bummler“ tituliert. Auf dem Lagerplatz (Werkstätte) des Herrn Greindl sind Differenzen wegen Vereinbarung von Akkordpreisen an der Tagesordnung. Diesen Lohnstreitigkeiten aus dem Wege zu gehen, beschloffen die dort beschäftigten Steinmetzen, den Akkord überhaupt abzulehnen und bloß noch im Stundenlohn zu 55 Pfg., wie an der Ludwigskirche, zu arbeiten. Diese Forderung wurde abgelehnt, worauf sämtliche Steinmetzen die Arbeit niederlegten. Nach einer nochmaligen Unterhandlung genehmigte Greindl den Stundenlohn, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Herr Greindl mußte also erfahren, daß er trotz der vorgefrühten Jahreszeit die „Macht“ doch nicht in Händen hat. — Die Kirchenverwaltung hat nun die Ueberzeugung gewonnen, daß nicht die Steinmetzen es sind, welche die ständigen Differenzen heraufbeschwören, sondern daß daran allein die grenzenlose Profitgier Greindls schuld ist. Durch eine stramme Organisation werden die rücksichtslosen Gelüste des profitgierigen Unternehmers in dessen zurückgewiesen werden können. Darum, ihr Steinarbeiter: Gerecht in die Organisation! Mann für Mann! Zwei Steinarbeiter, die bei Unternehmer Garnisch an der Maximiliansbrücke beschäftigt waren, wurden am Montag, den 16. November, entlassen, weil sie die Forderung an den genannten Unternehmer stellten, „es möge wöchentlich festgelegt werden: 1. welche Arbeit fertig gestellt wurde, 2. welche Abschlagssumme ausbezahlt wurde, 3. wie viel noch Rest der geleisteten Akkordarbeit bleibt. Nachdem eine Vorstellung der Entlassenen bei der Bauleitung erfolglos war, wurde durch die Bauleitung bei Herrn Kommerzienrat Börner eine Unterhandlung angebahnt, und dieser um Vermittlung gebeten. Der Herr Kommerzienrat entsprach sogleich dem Ersuchen und schon am 19. November konnten die beiden Entlassenen die Arbeit wieder aufnehmen. Auch ihre Forderungen wurden als berechtigt anerkannt und zugebilligt.

Die Arbeiterfrage in Transvaal.

Bekanntlich bildet die Frage „der Versorgung der Goldminen mit Arbeitskräften“ die brennende Frage in Südafrika. Seit es den englischen Söldnerheeren gelungen ist, die Burenstaaten niederzuzwingen, hören die kapitalistischen Kreise nicht auf, in dieser Angelegenheit zu bohren. Die Lage ist einfach die: Die Arbeiter weißer Rasse sind den Unternehmern zu teuer, Neger dagegen sind nicht in genügender Anzahl vorhanden, sie wollen nicht in den Gruben schanzen. Weiße Arbeiter wären schon zu haben. Der Krieg hat Tausende von Christen vernichtet, die Zahl der Proletarier ist ganz bedeutend gestiegen und auch von den englischen Arbeitern, die sich der Not oder auch einem schlechten Triebe gehorchend, als Soldaten für den mörderischen Krieg anwerben ließen, sind viele Tausende jenseits des Ozeans geblieben. Diese Menschen müssen einen Erwerb suchen. Nun ist es aber wie in jedem Lande, wo der Kapitalismus erst eben einsetzt, für diese Menschen ein großes Feld der Betätigung frei, sie finden ihr Auskommen, sie sind nicht auf die Arbeit in den Gruben angewiesen. Daher der

Sammer. Es ist nicht etwa so, daß der Weiße aus irgendwelchen Gründen nicht in den Gruben am Whitwatersrand arbeiten kann, daß man nur einheimische Arbeiter verwenden kann, wie das wiederholt behauptet wurde. Es handelt sich ja nicht um ein subtropisches Land, und als gelehrte Arbeiter müssen die Grubenbesitzer notgedrungen Weiße beschäftigen, die denn auch zu haben sind und ihre Arbeit gut verrichten, aber als ungelernete Arbeiter will man sie nicht beschäftigen. In dem Berichte der Kommission, die von der englischen Regierung zum Studium dieser Frage eingesetzt wurde, heißt es denn auch sehr nüchtern: Die Versuche, ungelernete Arbeiter zu beschäftigen, sind fehlgeschlagen, weil — die Produktionskosten infolge der höheren Löhne, die diesen Arbeitern bezahlt werden mußten, um 5 Schilling 8 Pence pro Tonne höher waren, als bei Verwendung der Neger!

Als die ganze Frage läuft auf die Frage nach Schilling und Pence hinaus, mit andern Worten, auf den Streit um Lohn und Profit. Es handelt sich nicht um den „absoluten“ Mangel an Arbeitern, sondern um einen relativen, dem abgeholfen werden kann, wenn nur die Herren Kapitalisten sich bequemen wollten, diese höheren Produktionskosten zu tragen, angemessene Löhne zu zahlen. So lange sie das nicht wollen, werden eben die weißen Afrikaner es vorziehen, Farmer, Handwerker, Krämer u. a. m. zu sein, statt in den Goldgruben zu schangeln. Es wiederholt sich eben hier die Erscheinung, die noch in allen Kolonien beobachtet wurde und die Marx folgendermaßen charakterisiert: „Das kapitalistische Regiment stößt dort überall auf das Hindernis des Produzenten, welcher als Besitzer seiner eignen Arbeitsbedingungen sich selbst durch seine Arbeit bereichert, statt den Kapitalisten zu bereichern... So lange der Arbeiter für sich selbst akkumulieren kann, und das kann er, so lange er Eigentümer seiner Produktionsmittel bleibt, ist die kapitalistische Akkumulation und die kapitalistische Produktionsweise unmöglich. Die dazu entbehrliche Klasse der Lohnarbeiter fehlt... Der Widerspruch zweier diametral entgegengesetzten ökonomischen Systeme betätigt sich hier praktisch in ihrem Kampf.“

Jene englische Kommission ist nun zu einem sehr radikalen Schlusse gekommen: die Minenindustrie erfordert in den nächsten fünf Jahren an 200 000 Arbeiter, 200 000 Proletarier; und da die Proletarier mit der weißen Haut nur zu haben sind, wenn man ihnen hohen Lohn zahlt, bei dem der Profit in die Brüche geht, „erfordert die Lage gebieterisch“ — die Einfuhr chinesischer Kulis!

Diese chinesischen Kulis sind allerdings billig zu beschaffen, denn es sind englische Sklaven, die man kauft, die nur ihr Futter bekommen. Es ist nämlich notorisch, daß in den chinesischen Hafenstädten „Faktoreien“ bestehen, die im Grunde genommen Sklavenhandel treiben, Sklavenhandel im genauen, wörtlichen Sinne. Die Agenturen haben ihre Zutreiber, geübte Spürhunde, die im Lande herumreisen, junge Leute „anwerben“, wobei natürlich jede Gaunerei willkommen ist, wenn sie zum Ziele führt; der Angeworbene unterschreibt einen Kontrakt, in welchem er sich auf eine Reihe von Jahren an die Faktorei verbindt als Arbeiter. Gewöhnlich wird ein solcher Kontrakt auf sieben Jahre geschlossen. Sobald das Opfer einmal in die Falle gegangen, sorgen die chinesischen Behörden dafür, daß es nicht „kontraktbrüchig“ werde; der Eifer dieser Behörden wird natürlich von den Faktoreien gut belohnt, und auch die europäischen Konsuln sorgen dafür, daß die Heiligkeit des Vertrags unbedingt respektiert werde. Ist dann der Angeworbene einmal im Depot der Faktorei in Hongkong oder Schanghai usw. angelangt, dann wird schon dafür gesorgt, daß die „Ware“ in Sicherheit ist: es bestehen hier nach Aussagen von Augenzeugen gut eingerichtete Gefängnisse, wo die „Arbeitswilligen“ eingesperrt werden, bis eine Partie zur Verschiffung bereit ist, und die Schiffe, die zum Transport dienen, sind direkt als Sklavenschiffe zu betrachten. Diese Faktoreien versehen heute sämtliche englischen, holländischen und französischen Kolonien mit „Kontraktarbeitern“ für den Bedarf der Plantagenbesitzer.

Allerdings gibt es auch freie chinesische Arbeiter, die auf eigne Faust auswandern, um sich ihr Brot zu suchen; in Amerika und Australien kennt man diese arbeitsamen, schelkhaft anspruchlosen Arbeiter zur Genüge. Bekanntlich sind sie dort sehr gefährlich geworden; es besteht eine ernste „Chinesen-Frage“ in diesen Ländern: man sucht jetzt durch Einwanderungsverbote sich der Poppträger zu erwehren, weil sie — den Krämer und kleinen Gewerbetreibenden lästige Konkurrenten sind.

Jene hochwohlwollende Kommission in Transvaal hat auch damit gerechnet und dafür gesorgt, daß die „öffentliche Meinung“ beruhigt werde. Sie schlägt nämlich vor, daß nicht etwa den Chinesen die Einwanderung nach Südafrika gestattet werde, sondern sie will nur „kontraktlich gebundene Arbeiter“ herbeiziehen. Das ist sehr klug von den Herren: die freien Chinesen würden eben kaum nach den Gruben ziehen, sie würden in den Städten im Kap und in Natal sich ansiedeln und hier genau wie in Amerika sich durchschlagen als Krämer, Wäscher (dies ist eine ihrer Spezialitäten), Diener, Lastträger usw.; damit aber wäre den kapitalistischen Grubenbetriebern nicht geholfen. Dagegen kann man mit den „kontraktlich gebundenen“ kurzen Prozeß machen: man schließt eben einen Kontrakt mit einer Faktorei in Hongkong, die die Lieferung von Menschenware kapitalistisch betreibt, läßt sich ein paar Schiffsladungen solcher Arbeiter kommen, transportiert sie direkt nach den Gruben und hat für die Dauer des Kontrakts Ruhe.

Dies ist der Vorschlag der Kommission, die natürlich genau weiß, daß es sich darum um nackte Sklaverei handelt.

Die Frage ist nur: wird das englische Volk, werden die Massen der englischen Arbeiter in der Tat diese Lösung akzeptieren? Es ist eine furchtbare Schuld, die die Arbeiter Englands während des Kriegs auf sich genommen haben. Als „Nur-Gewerkschaftler“ haben sich diese Arbeiter im Laufe der Zeit das politische Denken abgewöhnt; deshalb haben sie nicht gesehen, daß es sich bei dem Kriege gegen die Büren um einen Krieg im Namen der Interessen einer skrupellosen Kapitalistenbande handelte; deshalb haben sie sich von den Machern der imperialistischen Politik zum Narren halten lassen. Jetzt liegen die Resultate klar zutage: jene Kapitalisten sind daran, den Sieg, der mit dem Blute von Hunderttausenden erkauft wurde, auszunutzen, und das erste, was sie beginnen, ist — Einführung der Sklaverei, um den kapitalistischen Profit zu sichern. Werden also jetzt wenigstens den englischen Arbeitern die Augen aufgehen? Uebrigens ist in der Ära des Imperialismus der Hunger nach unfreier Arbeit nicht den englischen Kapitalisten allein

eigen. In den letzten Tagen zitierte die deutsche Presse eine Notiz der Deutsch-Südwestafricanischen Zeitung, die denselben Gefühlen Ausdruck gibt: Es wird darin konstatiert, „daß überall im Felde verstreut wohnende Eingekorene anzutreffen seien, aber keiner von diesen wolle arbeiten“, und schließlich kommt der Stoßseufzer: „Die Eingekorenen könnten für den ihnen gewährten Schutz wohl eine gewisse Anzahl Tage an den öffentlichen Wegen arbeiten; ferner könnten sie sechs Monate im Jahre gegen Bezahlung und Verpflegung bei der Regierung oder den Ansiedlern arbeiten.“

Jeder Kommentar würde diesen Erguß einer für die Kolonialpolitik begeisterten Seele abschwächen.

Der Generalstreik.

Die Diskussion über die Idee des Generalstreiks wird bis zum internationalen Arbeiterkongreß nächsten Jahres die sozialistischen Arbeiterkreise lebhaft beschäftigen, weil auf diesem Kongreß der Generalstreik zur Tagesordnung verhandelt wird. Daß eine endgültige Beschlußfassung über diesen Gegenstand eintreten werde, wagen wir heute nicht zu behaupten, obgleich wir selbst die Durchführung eines Generalstreiks für unmöglich halten. Verfügt die Arbeiterklasse über so viel nationalökonomisches Wissen, Selbstbewußtsein und Disziplin, wie zur Durchführung des Generalstreiks nötig wäre, dann bedarf es nach unserer Auffassung des Generalstreiks nicht, um große Veränderungen im Staats- und Wirtschaftsgebiete herbeizuführen, dann muß die fortgeschrittenere Entwicklung der Arbeiterbewegung schon im bürgerlichen Staat Veränderungen mancherlei Art hervorgerufen haben. Ohne dieses Wissen usw. bleibt jedoch der Generalstreik eine unausführbare Idee. In Szene gesetzt werden kann ein Generalstreik gewiß, das beweisen ja die Ansätze in Holland und anderwärts, aber das bleiben nur mehr Experimente, die nicht ermunternd wirken.

Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch Bliegen-Amsterdam, der den von uns in der Nummer 47 des Stein-Arbeiter referierend wiedergegebenen Ausführungen Silberdings in der Neuen Zeit entgegentritt.

Bliegen, eines der Mitglieder des Komitees, das den letzten holländischen Generalstreik mit proklamiert hat, erklärt, daß er durch seine Erfahrungen in dieser Aktion aus einem Anhänger zu einem Gegner des Generalstreiks geworden sei. Er begründet seine Meinung mit dem Hinweis auf Umstände, die nach seiner Erfahrung bei jedem Generalstreik eintreten müssen. In dieser Hinsicht führt er folgendes aus:

„Was soll der Generalstreik? Womit soll er die herrschende Klasse bezwingen? Genosse Silberding jagt es uns: durch die Stillsetzung der Produktion.“

Wenn die Produktion stille steht, wird jedes gesellschaftliche Leben unmöglich. Keine Nahrung wird herbeigeführt, die Schifffahrt und der Eisenbahnverkehr stehen still, Hungersnot tritt ein. Im Winter ist keine Heizung da usw.

Ja, aber Genosse Silberding, bei wem soll denn die Nahrung am allerersten fehlen? Beim Proletarier. Wer wird am ersten frieren? Der Proletarier.

Genau, die ganze Gesellschaft wird einer furchterlichen Krise ausgesetzt. Aber wie bei allen Krisen, ist es der Proletarier, der am ersten und am schwersten darunter leidet.

Wir sahen es hier in Amsterdam im April dieses Jahres. Die Hafnarbeiter streikten, der Güterverkehr auf den Eisenbahnen lag vollständig lahm. Die Bäcker feierten. Was war die Folge? Daß die Besitzer bis in die Volksviertel hinein die Nahrungsmittel von ihren Bedienteten aufkaufen ließen und daß die Arbeiterfrauen ihre Nahrungsmittel schredlich verteuern sahen.

Die Gasarbeiter streikten. Der Gasvorrat drohte, sich zu erschöpfen. Petroleum und Kerzen werden in Menge gekauft. Aber wenn es aufs Kaufen ankommt, wer zieht dann den kürzeren?

Mehr ist wohl nicht nötig, zu sagen: Der Generalstreik macht das Leben unmöglich, der Tod meldet sich aber zuerst beim Proletarier an.

Man nehme welche Produktionsweise man will, setze sie still — und es ist der Proletarier, der am ersten darunter leidet. Um sich selbst zu retten, wird das Proletariat die Arbeit wieder aufnehmen müssen.

Unsre Generalstreik-Utopisten haben manchmal weiter geredet: Dazu dienen dann unsre Genossenschaften. Wir produzieren dann wohl für uns, aber nicht für die Kapitalisten.

Wenn man voraussetzt, die kapitalistische Klasse habe noch eine sichere Armee, — und wenn sie diese nicht hat, ist der ganze Generalstreik unmöglich —, dann braucht es doch nicht allzu viel Einsicht, um zu erkennen, daß die Regierung die proletarischen Magazine beschlagnahmen und die Lebensmittel zum allgemeinen Wohle verwenden wird, und wäre es auch nur, um sich damit das Lumpenproletariat zu kaufen.

Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, so ist doch nicht anzunehmen, daß nur die Arbeiter solche Vorräte besitzen werden. Wenn der Generalstreik während vieler Jahre propagiert ist, dann wird auch die kapitalistische Klasse und die Regierung mit der Möglichkeit gerechnet haben, es komme einmal dazu. Und wer kann sich dann die größten Magazine füllen?

Aber noch mehr: nicht jedermann wird streiken. Auch unter den besten Umständen wird noch immer eine beträchtliche Zahl Arbeiter bei der Arbeit bleiben. Auch in der Bourgeoisie steckt Arbeitskraft. Bei uns haben sich polytechnische Studenten angemeldet als freiwillige Maschinisten und Geizer — und Brot backen kann am Ende jedermann. Schifffahrt und Eisenbahnverkehr sind militärisch im Betrieb zu erhalten. Die Großindustrie wird lahmgelegt, aber eine absolute Produktionseinstellung ist nicht denkbar. Es wird selbst bei der riesigsten Propaganda immer noch ganze Gegenden geben, in denen man mit voller Kraft arbeitet und sogar die Produktion erhöht. Ja, in der Stadt ist die Produktion in einem gewissen Umfange im Gange zu erhalten.

Und wer wird die Produkte, die dann zu riesig hohen Preisen auf den Markt kommen, kaufen? Nicht das Proletariat. Wenn nötig, machen die Besitzenden eine Reise nach diesen ruhigen Gegenden.

Als die niederländische Arbeiterbewegung in den Apriltagen vor ihrer Niederlage stand — ich will hier erklären, daß ich von vornherein gegen diesen Generalstreik war

und mich nur, als zur Minderheit gehörend, der Mehrheit unterwarf —, da habe ich mich, oder lieber, da haben wir uns gefragt: Welche Bedingungen muß eine Bewegung erfüllen, wenn sie in einem solchen Kampfe siegen soll? Ich habe keine Antwort gefunden. Jede Erweiterung der Bewegung war ein Fehlschuß mehr.“

Wiegen kommt zu dem Schlusse, daß man den Generalstreik nicht diskutieren könne, ohne diese konkreten Umstände zu erwägen.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Wiegen. Das Buch Nr. 7186, dem Steinmetz Ernst Gorbok gehörig, geb. den 28. Juni 1872, liegt hier.

Der Vertrauensmann.

Adressen-Änderungen.

Reppoldsthal: Vertrauensmann: Balthasar Arnold. Kassierer: Ludwig Kraft.

Mühlhausen i. Thür. Kassierer: Albert Gernandt, Schäferbergstraße 66a. Reiseunterstützung zahlt aus: Kollege Konrad Pingel, Wilhelmstraße 12a.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 23. bis mit 28. November 1903.

Leisnig, Beitrag 3.40; Neuporf, IV. Qu. 2.08; Groß-Lichterfelde, Inzerat 2.—; Raumburg, Beitrag 24.40, III. Qu. 1.40; Hartershofen, Beitrag 42.—; Randesacker, Beitrag 32.—; Alt-Barthau, Beitrag 320.—, Eintrittsmarken 2.—, Delegiertensteuer 1.75; Kaufbeuren, Beitrag 2.90; Düsseldorf, III. Qu. 24.—, Beitrag 28.80; Metz, Beitrag 28.—, IV. Qu. 4.—; Aschaffenburg, Beitrag 8.50, Eintrittsmarken 11.50; Weucha, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 10.—, Delegiertensteuer 5.50; Oldenburg, Beitrag 32.—, IV. Qu. 4.20; Regensburg, Beitrag 14.—, Delegiertensteuer 0.25, Eintrittsmarken 2.50; Mainz, Beitrag 32.—; Wiesbaden, Beitrag 32.—, III. Qu. 16.40; Breslau, Eintrittsmarken 2.50, Maimarken 3.75, Delegiertensteuer 2.50, Beitrag 139.88; Wenig-Radwiz, Streifunterstützung 21.50; Emmendingen, Beitrag 64.—, Protokolle 4.—; Rothenburg, III. Qu. 13.20; Stettin, Beitrag 4.80; III. Qu. 9.20, Delegiertensteuer 1.—, Eintrittsmarken 3.—; A. B., Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 12.50; Greiswald, Beitrag 67.20; Gelsbach, Beitrag 56.—; Böhmed, Beitrag 4.80; Alsbach, III. Qu. 1.80; Göttingen, III. Qu. 10.80; Leipzig I, Beitrag 260.—; Lüneburg, Beitrag 112.—, III. Qu. 5.40; Safferohe, Beitrag 25.92, Eintrittsmarken 1.—; Hardheim, Beitrag 72.54; Gohburg, Beitrag 28.—, Delegiertensteuer 2.—, Hauptbuch 2.50, Stempel 1.50; Bunzlau, Beitrag 120.—; Osterwald, Beitrag 112.—, Maimarken 4.75, Delegiertensteuer 16.—; Neundorf, Streifunterstützung 50.—.

Felix Lange.

Briefkasten.

Bradwede. Die Versammlung fand am 1. November statt und am 23. ging der Bericht erst ein. Wir nehmen davon keine Notiz mehr im Fachorgan, denn zum wiederholten Male schon wurde darauf hingewiesen, mit der Berichterstattung etwas pünktlicher zu sein.

Sildesheim. Das Inserat kostet 1.70 Mk.
Bremen. Der Hinweis betraf eine andere Angelegenheit.
Eberfeld. Diese Leute sind nicht in unserem Verbannde. Wir bezweifeln, ob dort überhaupt 90 Mann beschäftigt sind.
Augsburg. Hier ging kein Bericht ein.

Anzeigen.

Glas-Christbaumschmuck



hochfeines Sortiment, über 300 Stück bessere moderne Sachen, als mit Chenille übersponnene Eisfugeln, Leuchtfugeln mit Vögel, Vogel, Fische, Weihnachtsmann, Trompeten, Gloden, Leuchtblumen zum Aufklemmen, große Engel, hochfeine Baumspitze mit Silberhelm usw. versende franco gut verpackt für nur 5 Mk. Gratis füge dieser Sendung einen patentierten Lichthalter mit drehbarer Leuchtfugel und zwei

Paket Lametta bei. Kleineres Sortiment, 170 Stück, 3 Mk. (Nachnahme 30 Pfg. mehr). Hierbei gratis 1 Engel u. 1 Paket Lametta.

Max Heumann
Lauscha, S.-M., No. 58.

Friedrich Senfel wo bist Du?

Es sucht Dich Dein Bruder Wilhelm in Wandersleben in Thüringen.

Todes-Anzeigen.

Am 11. November starb unser Kollege, der Dreher
Heinrich Höher
an der Berufskrankheit.

Am 13. November starb unser Kollege, der Steinmetz
Joseph Brzeck
zu Ostrome in Böhmen im 26. Lebensjahr an der Berufskrankheit.

Ihr Andenken halten in Ehren
Die organisierten Steinarbeiter
von Wenig-Radwiz.

Am 22. November starb unser Kollege
Karl Heimbach
im Alter von 39 Jahren 9 Monaten an der Berufskrankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

Die Organisation der Steinarbeiter von Bremen.
Sektion I.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.